



Editorial

Mirko Hempel

Mit der zweiten deutschen Ausgabe der Prager Dialoge möchte die Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik weitere Impulse für eine lebhafte Diskussion zu aktuellen tschechischen, deutschen und europäischen Fragestellungen geben und dabei wichtige Ereignisse in der tschechischen Politik und deren Analyse den interessierten Leser_innen in Deutschland zur Verfügung stellen.

In der vorliegenden Ausgabe zeichnen Kateřina Smejkalová, Franziska Korn und Thomas Oellermann die wichtigsten Ereignisse in 2014 auf, bewerten diese aus sozialdemokratischer Sicht und geben einen Ausblick auf die Herausforderungen des Jahres 2015 für die Regierungskoalition im Allgemeinen und die ČSSD im Besonderen.

Eines der größten Projekte der neueren tschechischen Politik, dessen Vorbereitung und Realisierung sich über viele Jahre und mehrere Regierungen hinzog, ist das nun ausgearbeitete Gesetz über den öffentlichen Dienst, welches in beiden Parlamentskammern bestätigt wurde, jedoch vom Staatspräsidenten abgelehnt wird. Patrik Eichler skizziert in seinem Beitrag Kontext, Inhalt und Akteure dieser innerstaatlichen Kraftanstrengung.

Premierminister Bohuslav Sobotka bewertet als Vorsitzender der ČSSD in seinem Artikel den Mitgliederentscheid in der ČSSD als wichtigen Beitrag zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie und als weiteren Baustein zur Schaffung von Transparenz und Teilhabe aller Mitglieder. Ergänzt wird sein Text durch Einschätzungen von Journalisten und Politikwissenschaftlern.

Der 25. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs hat zu lebhaften Debatten über den Zustand der Demokratie in Europa geführt. Premierminister Bohuslav Sobotka hat diese Thematik in zwei Redebeiträgen zu diesem Anlass beleuchtet. Wir möchten Ihnen in dieser Ausgabe einige wichtige Auszüge nahebringen.

Auch deutsche Medien berichten in immer kürzer werdenden Abständen von immer größeren Mengen an Drogen, die die deutsch-tschechische Grenze passieren. Vor allem Crystal Meth ist dabei ein Begriff, der sich mittlerweile ins Bewusstsein eingegraben hat. Der Parlamentsabgeordnete Miroslav Váňa thematisiert die Drogenproblematik im deutsch-tschechischen Grenzraum, benennt Gründe und zeigt mögliche Lösungen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit auf.

Ich wünsche unseren Leser_innen bei der Lektüre dieser zweiten Ausgabe in deutscher Sprache viel Vergnügen und würde mich freuen, Sie auch im kommenden Jahr wieder im Kreise unserer Leserschaft begrüßen zu dürfen.

Mirko Hempel ist Leiter der Vertretungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen und Slowakischen Republik.

Das politische Jahr 2014 in Tschechien

Franziska Korn, Thomas Oellermann, Kateřina Smejkalová

Nachdem im Juni 2013 das von Petr Nečas angeführte Mitte-Rechts-Bündnis aufgrund einer Bespitzelungs- und Korruptionsaffäre zu Ende ging und das Land in der Zwischenzeit von einer durch Staatspräsident Miloš Zeman ernannten Übergangsbeamtinnenregierung geführt wurde, war der Anfang des Jahres 2014 nach vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2013 von der Bildung einer neuen Regierung gekennzeichnet. Mit 20,5 Prozent gingen die von Bohuslav Sobotka geführten Sozialdemokraten (ČSSD) als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Sobotka konnte sich in einer innerparteilichen Auseinandersetzung kurz nach der Wahl gegen seinen Rivalen Hašek durchsetzen und wurde schließlich mit der Regierungsbildung beauftragt. Das neue Regierungsbündnis schloss die ČSSD mit der zweitplatzierten (18,7%) neu gegründeten Partei ANO – angeführt von dem Großunternehmer, Medienmogul und Milliardär Andrej Babiš – und den siebtplatzierten (6,8%) Christdemokraten (KDU-ČSL). Seither leiten die Sozialdemokraten die Ressorts für Außenpolitik, Inneres, Industrie und Handel, Arbeit und Soziales, Gesundheit sowie Menschenrechte, Gleichstellung und Legislative.

Im Koalitionsvertrag findet sich die Mehrheit der Punkte aus dem sozialdemokratischen Programm wieder. So wird ab 2015 beispielsweise der lang stagnierende Mindestlohn angehoben und die Renten stärker an den Preis- und Lohnanstieg angepasst. Zudem ist die Abstimmung der Regierungsschritte mit dem Gewerkschaftsdachverband ČMKOS, der seit der Vorstandswahl im April 2014 vom bisherigen Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft KOVO (Metall), Josef Středula, angeführt wird, so intensiv wie seit langem nicht mehr. Die Agenda der Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit – ein in Tschechien lang vernachlässigtes Thema – wurde vom Ressort für Arbeit und Soziales in die Kompetenz des Ministers für Gleichstellung, Menschenrechte und Legislative übergeben. Mit dieser Veränderung geht die Zielsetzung einher, die Thematik Gleichstellung nicht als Sonderthema, sondern langfristig als Querschnittsthema zu verankern. Dieses Ziel manifestiert sich auch in der im November verabschiedeten Regierungsstrategie der

Geschlechtergleichstellung 2014-2020. Darüber hinaus wurde erstmalig eine eigene Abteilung im Regierungsamt gegründet, die sich mit der Thematik der nachhaltigen Entwicklung des Landes befasst. Geeignet hat sich die Koalition ebenfalls auf ein lang aufgeschobenes Gesetz über den öffentlichen Dienst – der Verhandlungsprozess war zwar konfliktgeladen und das Ergebnis bleibt nach wie vor umstritten, nichtsdestotrotz sollte das Gesetz aber zukünftig dazu beitragen, die bisherigen regelmäßigen und umfangreichen Personalwechsel in Ministerien und anderen öffentlichen Ämtern nach jedem Regierungswechsel wesentlich zu reduzieren. Somit wird langfristig ein Beitrag zur Bekämpfung von Vetternwirtschaft und zur Stärkung der Strategiefähigkeit der Institutionen geleistet. Schließlich hat die Regierung einen entscheidenden Wechsel angestoßen: Während in den letzten Jahren vor allem eine EU-skeptische Positionierung seitens der Politik vorherrschte und auf die Gesellschaft wirkte, versteht sich die aktuelle Regierung überwiegend als EU-freundlich, diskutiert wieder ernsthaft über die Euro-Einführung und strebt an, ein verlässlicher Partner innerhalb des Bündnisses zu sein.

Die weitgehende Zufriedenheit der tschechischen Wähler_innen mit diesen und anderen Schritten der gesamten Regierung spiegelt sich im Ergebnis der Koalitionsparteien bei den verschiedenen Wahlen des Jahres 2014 wider.

Die 21 tschechischen Sitze im Europa-Parlament teilen untereinander sieben Parteien auf. Mit 16,1 Prozent erreichte ANO das beste Ergebnis, knapp gefolgt von der konservativen Oppositionspartei TOP09 mit 16 Prozent. Auf dem dritten Platz landeten mit 14,2 Prozent die Sozialdemokraten. Alle drei Parteien errangen vier Sitze. Die Kommunistische Partei und die Christdemokraten stellen jeweils drei Abgeordnete. Die Grünen sind mit 3,8 Prozent an der 5%-Hürde gescheitert und wurden somit zum ersten Mal von der Piratenpartei mit 4,8 Prozent überholt. Der Nominierung von Věra Jourová, der früheren stellvertretenden Vorsitzenden der ANO-Partei, als EU-Kommissarin gingen lange Kontroversen zwischen den Koalitionsparteien voraus. So konnte sich die Regierung lange nicht auf eine Kandidatin einigen. Konsens bestand dagegen bei dem angestrebten Tätigkeitsbereich. Alle Regierungsparteien versprachen sich ein Ressort mit wirtschaftlicher Verantwortung. Umso

kritischer fielen die Reaktionen aus, als Věra Jourová als Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung benannt wurde. Während Sobotka dennoch die Bedeutung der Bereiche Verbraucherschutz und Justiz betonte und als Erfolg definierte, sprach insbesondere die Opposition von einer Niederlage.

Alle Ergebnisse der EU-Wahl müssen vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Wahlbeteiligung interpretiert werden. Diese liegt mit lediglich 18,2 Prozent nicht nur weit unter dem EU-Durchschnitt, sondern auch weit unter dem Wert der letzten Europa-Wahl, der 27,5 Prozent betrug. Nur die Slowakei verzeichnete mit 13 Prozent eine geringere Wahlbeteiligung. In Tschechien muss die niedrige Wahlbeteiligung nicht nur als geringes Interesse an der EU und den EU-Themen interpretiert werden, sondern auch als Ausdruck einer weit verbreiteten EU-Skepsis innerhalb der Bevölkerung. So werden beispielsweise Einschnitte in die gerade erst wiedergewonnene Autonomie Tschechiens durch die „Brüsseler Bürokratie“ in den Augen vieler nicht durch die erwartete Angleichung an den westeuropäischen Lebensstandard gerechtfertigt.

Im Oktober 2014 fanden die Kommunalwahlen statt und ein Drittel des Senats, der zweiten Kammer des tschechischen Parlaments, wurde neu besetzt. Bei den Senatswahlen konnte die ČSSD zwar die absolute Mehrheit der Sitze nicht halten, übertraf aber mit 10 gewonnenen Sitzen knapp die zuvor deklarierten Erwartungen Sobotkas und bleibt somit stärkste Kraft im Senat. Wichtig für Sobotkas Position in der Partei und der Regierung ist der Erfolg der ihm nahestehenden Senatoren, wie beispielsweise des Menschenrechtsministers Jiří Dienstbier oder des bisherigen und nun auch für die nächste Amtszeit gewählten Senatsvorsitzenden Milan Štěch. Vergleichsweise erfolgreich mit jeweils vier Sitzen waren auch die Koalitionspartner ANO und KDU-ČSL. Damit stellen die Koalitionsparteien gemeinsam die Mehrheit im Senat, die die Regierung für einen erfolgreichen Gesetzgebungsprozess benötigt.

Bei den Kommunalwahlen zeigte sich hingegen ein anderes Bild. Hier erhielten örtliche Zusammenschlüsse und unabhängige Kandidaten über 60 Prozent der Mandate. Von den auf der zentralen Ebene tätigen Parteien konnte ANO insgesamt 14,6 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Diese schlugen sich jedoch nur in 2,6 Prozent der Mandate nieder. Die ČSSD folgte dem Koalitionspartner dicht mit 12,7 Prozent der Stimmen und gewann damit insgesamt 6 Prozent der Mandate. Sehr stark, traditionell vor allem in den ländlichen Gebieten Mährens war auch der dritte Koalitionspartner, die Christdemokraten, die ebenfalls 6 Prozent der Mandate holten. Während ANO vor der Wahl in der Kommunalpolitik nicht vertreten war, bedeutet das Wahlergebnis für die ČSSD einen Verlust von etwa einem Fünftel ihrer Mandate. Die Sozialdemokraten erlitten dabei insbesondere in größeren Städten eine Niederlage.

Hier punktete demgegenüber gerade ANO und gewann in 9 der 14 Hauptstädte der Regionen inklusive Prag. Der Vorsprung von ANO ist allerdings nirgendwo so groß, um alleine regieren zu können. Vielfach zeigt sich, dass die guten Gesamtergebnisse bezüglich der Mandatzahlen für die ČSSD als Ausgleich für ihre Misserfolge in den großen Städten interpretiert werden. Zudem wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die Wahlniederlage in den Städten als Möglichkeit genutzt wird, sich intern zu modernisieren. Gleichzeitig offenbaren die Wahlergebnisse einmal mehr die Tatsache, dass die ČSSD immer noch keine progressive sozialdemokratische Partei „westeuropäischen Schlags“ ist, der es gelingt, bildungs- und einkommensstarke Schichten in den größeren Städten anzusprechen. Im Gegensatz zu Westeuropa, wo linke Parteien eher diese Wählerschichten ansprechen, punktet die von Analysten als in großen Teilen konservativ, postkommunistisch und tendenziell populistisch eingeschätzte ČSSD nach wie vor verstärkt in den ländlichen Gebieten.

Schlussendlich ist festzuhalten, dass die Wahlen 2014 nicht zu einer Abstrafung der Regierungsparteien genutzt wurden. Vielmehr ist die Regierung gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen und interpretiert diese überwiegend positiv. Auch innere Spannungen, die immer wieder die Koalition begleiten und nicht zuletzt aufgrund des eher unbe-rechenbaren Koalitionspartners ANO weiterhin wahrscheinlich bleiben, werden als überbrückbar eingeschätzt. Für die tschechische Bevölkerung steht nach den großen politischen Skandalen, Unruhen und Rücktritten der letzten Jahre vor allem der Wunsch nach Stabilität im Mittelpunkt, so dass ein erneutes vorzeitiges Auseinanderfallen der Koalition momentan nicht vorstellbar ist. Zunehmend polarisierend wirkt hingegen in letzter Zeit Staatspräsident Zeman. Proteste von mehreren Tausend Menschen gegen ihn und seine in verschiedenen Formen medial nach außen getragenen Ansichten etwa hinsichtlich des Ukraine-Russland-Konfliktes oder der Studentendemonstrationen von 1989 überschatteten die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Samtenen Revolution. Auch zwischen Premierminister Sobotka und Staatspräsident Zeman kommt es gelegentlich zu Meinungsverschiedenheiten, die etwa in unterschiedlichen außenpolitischen Zielsetzungen zutage treten und die Glaubwürdigkeit Tschechiens innerhalb der europäischen Bündnisse und im internationalen Kontext auf die Probe stellen.

Für 2015 bleibt abzuwarten, wie die ČSSD sich aufstellen wird. Fest steht, dass der Parteitag im März kommenden Jahres ein entscheidendes Ereignis darstellt, von dem sich vor allem eine Auseinandersetzung mit den Themen innerparteiliche Demokratisierung, Öffnung und Modernisierung versprochen wird.

Der Autor und die Autorinnen arbeiten für das Büro der FES in Prag.

Warten auf den Staatsdienst

Patrik Eichler

Das so genannte Gesetz über den Staatsdienst wurde von der sozialdemokratischen Regierung bereits im Jahre 2002 erarbeitet. Das Ziel war es hierbei, einen besonderen Status für die Staatsbediensteten zu schaffen und so die gängige Praxis zu beenden, dass häufig auch in niedrigeren Positionen in der Verwaltung Mitarbeiter_innen ausgewechselt wurden, wenn nach den Wahlen ein neuer Minister oder Ministerin das Amt übernahm. Angestrebt wurde also eine konsequentere Trennung der Verwaltung von politischen Einflüssen. Bestandteile des damals verabschiedeten Gesetzentwurfes waren auch die Valorisierung der Beamtengehälter sowie Fortbildungsanforderungen. Die Einführung des Gesetzes über den Staatsdienst war eine Bedingung, die die Tschechische Republik eigentlich bereits vor ihrem Beitritt zur Europäischen Union hätte erfüllen müssen.

Unter Verweis auf die hohe finanzielle Belastung (Valorisierung der Gehälter) ist das Inkrafttreten eines Großteils des Gesetzes seitdem jedoch ständig aufgeschoben worden. Ebenso führte die im Allgemeinen angestrebte Zielrichtung des Gesetzes, Personalwechsel in den Ämtern wesentlich zu erschweren, immer wieder dazu, dass seine Umsetzung von den jeweiligen Oppositionsparteien verhindert wurde. Sie befürchteten, dass die mit den gerade regierenden Parteien verbundenen Personen und ihre Netzwerke sich durch den neuen Schutz ihrer Stellen in den Ämtern dauerhaft etablieren würden. Das alles hat letztlich dazu geführt, dass das Gesetz über den Staatsdienst als solches in der Tschechischen Republik nie in Kraft getreten ist.

Nach dem Antritt der Koalitionsregierung unter Führung der Sozialdemokratie wurde im Februar 2014 beschlossen, eine Neufassung des Gesetzes zu erarbeiten. Auf die Umsetzung dieses Gesetzes drängt auch in diesem Falle die Europäische Kommission, indem sie die Auszahlung von Geldern aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Frage stellt, sollte das Gesetz auch weiterhin nicht in Kraft treten. Aufgrund des so entstandenen zeitlichen Drucks wurde ein schneller Gesetzgebungsprozess gewählt, was von zahlreichen kritischen Stimmen begleitet wurde.

Nach konfliktgeladenen Verhandlungen mit der rechtskonservativen Opposition wird nun davon ausgegangen, dass ein Teil des Gesetzes ab Januar 2015 und der Hauptteil dann ab Mitte 2015 in Kraft treten werden. Diese Verzögerung um ein weiteres halbes Jahr wird mit der notwendigen Erarbeitung von Ausführungsvorschriften zum Gesetz begründet.

Die vom Parlament im Oktober 2014 verabschiedete Neufassung des Gesetzes sieht vor, dass die Verwaltung nicht, wie ursprünglich von der Koalitionsregierung vorgesehen, von einer unabhängigen Zentralbehörde aus geleitet werden soll, deren Chefin oder Chef von der Regierung bestellt wird. Für den Staatsdienst in seiner Gänze soll vielmehr die neu geschaffene Position eines Staatssekretärs (státní tajemník) im Rang eines stellvertretenden Innenministers zuständig sein. Dieser Vizeminister des Inneren soll von der Regierung in sein Amt bestellt werden und für die Einsetzung der Staatssekretäre in den einzelnen Ministerien zuständig sein. Diese Staatssekretäre werden fortan den Beamtenapparat in ihrer Behörde leiten und gemeinsam mit der politischen Führung der jeweiligen Institution weitere Stellen in dieser besetzen. Das Verhältnis zwischen den Verwaltungsangestellten und den politisch eingesetzten Vertretern in diesen Auswahlkommissionen war Gegenstand langwieriger Debatten. Alle Führungspositionen in den Ämtern sollen dabei neu ausgeschrieben werden und Angestellte, die nicht eine längere Laufbahn in Staatsdienst vorzuweisen haben, werden sich Prüfungen unterziehen müssen.

Die Bezeichnung Vizeminister („náměstek“) sollen fortan die bisherigen Sektionsdirektoren (Anm.: Sektion – höchste Organisationsebene in den Ministerien) tragen. Ebenso soll diese Bezeichnung auch für das politische Führungspersonal unter dem Minister gelten.

Bevor das Gesetz jedoch in Kraft treten kann, wird es noch einer Prüfung durch das Verfassungsgericht unterzogen werden. Denn Präsident Zeman, dem insbesondere die Existenz der politischen Vizeminister ein Dorn im Auge ist und der bereits sein Veto gegen das Gesetz eingelegt hat, das allerdings vom Parlament überstimmt wurde, hat die Aufhebung des ganzen Gesetzes beantragt.

Der Autor ist Analytiker des Think-Tanks Masarykova demokratická akademie und Journalist.

Innerparteiliches Referendum in der ČSSD: Wir brauchen Mitglieder und wir versuchen, es ihnen zu sagen.

Bohuslav Sobotka

Während der Sommerferien wurde in der tschechischen Sozialdemokratie mit Erfolg ein innerpar-

teiliches Referendum durchgeführt. Die Methode haben wir von der SPD übernommen, die über die Frage abstimmen ließ, ob die Mitglieder dem Inhalt des geplanten Koalitionsvertrags mit der CDU/CSU zustimmen. Wir haben uns mit parteiinternen Fragen beschäftigt und haben den Mitgliedern unserer Partei die folgenden drei Fragen gestellt: Sind Sie einverstanden damit, dass über die Besetzung der Kandidatenlisten im jeweiligen Wahlkreis in direkter Abstimmung entschieden wird? Sind Sie einverstanden damit, dass unter den Kandidaten, die für die Wahlen in die Vertretungskörperschaften der Regionen und in die Abgeordnetenversammlung des Parlaments kandidieren, jedes Geschlecht mit mindestens 40% vertreten sein soll? Und: Soll die ČSSD als Partei ein Gesetz vorschlagen, das es verbieten würde, Gehälter für die parallele Ausübung mehrerer Ämter zu beziehen? Denn eine solche Einschränkung gibt es heute nur bei einigen wenigen Positionen.

Am Referendum haben sich 52 Prozent der Parteimitglieder beteiligt. Es wurden 11 783 von insgesamt 22 577 verschickten Stimmzetteln abgegeben. Die erste und die dritte Frage wurden mit etwa 90 Prozent der Stimmen bejaht. Die zweite Frage, die letztlich auf die Gleichstellung von Frauen abzielte, die in der Tschechischen Republik nach wie vor kontrovers wahrgenommen wird, hat ebenfalls eine knappe Mehrheit erreicht. Die Ergebnisse des Referendums, die auf unserem Parteitag im März 2015 in die Praxis umgesetzt werden müssen, sollen dazu beitragen, den Einfluss der Mitgliederbasis auf das Handeln der Partei zu stärken und eine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie auch für neue Interessenten attraktiver zu machen. Denn mit der Annahme der Ergebnisse des Referendums wird die ČSSD zur einzigen politischen Partei in Tschechien, in der wirklich alle Mitglieder die Möglichkeit haben, sich an der Gestaltung der Politik auf der zentralen Ebene zu beteiligen.

Der Autor ist Premierminister der Tschechischen Republik und Vorsitzender der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (Česká strana sociálně demokratická, ČSSD)

Einschätzungen von Analytikern zum innerparteilichen Referendum in der ČSSD

Der Politikwissenschaftler **Milan Znoj** erklärte gegenüber dem Informationsportal Deník Referendum: „Sobotkas Position in der Parteiführung wurde durch die Ergebnisse des Referendums gestärkt. Es ist vor allem er, der sich für die Bemühungen – die Verhältnisse innerhalb der Partei

zu demokratisieren – Punkte gutschreiben kann. Viele befürchteten oder hofften auf ein fehlendes Interesse der Parteimitglieder, doch sie irrten sich. Auch die Urlaubszeit hat dem Interesse an der Teilnahme am Referendum keinen Abbruch getan. Den Mitgliedern ist es nicht egal, ob ihre Partei demokratisch funktioniert oder nicht.“

Dem Politologen **Lukáš Jelínek** zufolge bedeutet die Einführung von Primärwahlen, dass sich die Mitglieder nicht mehr nur still mit Hinterzimmer-Vereinbarungen, aus denen in der Regel relativ problematische Kandidatenlisten hervorgehen, abfinden müssen. „Man kann nicht die ganze Mitgliederbasis manipulieren“, betont Jelínek. Die Antwort auf die Quoten-Frage betrachtet er als Überraschung. Sie zeige u.a. auch, dass die ČSSD nicht hinter anderen sozialdemokratischen Parteien hinterherhinke. „Vielleicht merkt die ČSSD nun, dass sie zur Verstärkung ihrer Reihen Frauen von außen ansprechen muss – Frauen aus NGOs, Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen, einfach ausgedrückt „frisches Blut“, das zur weiteren Wandlung der ČSSD beitragen kann“, erklärt der Politikwissenschaftler.

Der politische Kommentator **Patrik Eichler** hat zum Parteireferendum folgendes geschrieben: Dass zum ganz normalen Parteileben auch Ausflüge, Ausstellungsbesuche, gemeinsame Lesungen oder die Mitwirkung in Laienschauspielgruppen gehören können, ist heute nicht nur für viele Parteimitglieder, aber auch für die Öffentlichkeit fast unvorstellbar. Dabei braucht die Sozialdemokratie etwas ganz anderes als den gemeinsamen Willen zur Macht. Sie gehört nämlich zu den Parteien mit einer großen Mitgliederfluktuation. Und ein freundschaftliches Kollektiv und die Möglichkeit, etwas zu lernen, können eine Anleitung dafür darstellen, wie der Machtpragmatismus der Politik auch für die Mitglieder erträglicher gemacht werden kann, bei denen es mit der Verwirklichung einer Machtposition in der Partei nicht so rosig aussieht. In dieser Hinsicht ist auch die Entscheidung des innerparteilichen Referendums richtig, in die Aufstellung der Kandidatenlisten alle Parteimitglieder einzubeziehen. Aber auch hier geht es wieder um die Machtfrage. Dabei braucht die Partei die Mitgliederbasis sowohl als Instrument zur Führung des Wahlkampfes als auch als Informationsquelle über das Leben in den Regionen. Hinzu kommt, dass das äußere Bild der Partei die Attraktivität ihres innerparteilichen Lebens widerspiegelt. Da, wo sie freundschaftlich und offen wahrgenommen wird, wird sie die Menschen eher zum Mitmachen einladen, als da, wo sie den Eindruck eines Mafia-Clans hinterlässt. Der Wille zur Macht geht dabei dem politischen Handeln in keinem Falle verloren.

Das innerparteiliche Referendum in der tschechischen Sozialdemokratie kann auf der einen Seite als Reaktion auf die Aufstellung von Kandi-

datenlisten aufgefasst werden, für die getroffene Absprachen zwischen einigen wenigen Mitgliedern hinter den Kulissen oder die Stimmen derjenigen, die sich nicht aktiv am Parteileben beteiligen, bislang ausreichten. Auf der anderen Seite und das ist viel wichtiger handelt es sich um eine Willensbekundung zur Modernisierung der Partei. Denn nur eine Partei, die einen lebendigen demokratischen Organismus darstellt, wird in Zukunft den Wettbewerb mit den Politmanagement-Subjekten der tschechischen Milliardäre aufnehmen können.

Auszüge von Reden des Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka anlässlich des 25. Jubiläums der Samtenen Revolution

Ansprache des Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka auf der feierlichen Sitzung beider Kammern des Parlaments der Tschechischen Republik anlässlich des 25. Jahrestages der Ereignisse vom November 1989
(14. 11. 2014).

Die Revolution von 1989 hat zu einer Rückkehr von Freiheit und Demokratie geführt. In unserem Land wurde das parlamentarische System wiederhergestellt, das an die Traditionen der ersten tschechoslowakischen Republik und die Erfahrungen der Länder des demokratischen Westens anknüpft. Der Prozess der Wiederherstellung des Parlamentarismus verlief jedoch nicht ohne Schwankungen und Komplikationen.

Wenn wir heute den Stand unserer Demokratie und unserer Gesellschaft betrachten, wird offensichtlich, dass das Risiko, das uns droht, inhaltliche Leere der Demokratie und Erosion des Parlamentarismus heißt. Die Wahlbeteiligung ist niedrig und geht zunehmend zurück. Das Vertrauen in die Politik und öffentliche Institutionen ist, trotz einer gewissen Verbesserung, beständig gering. Was uns droht, ist eine Entfremdung von der Demokratie, eine Demokratie der Gleichgültigkeit und des formellen Parlamentarismus.

Die Frage lautet nun: Wo ist der Fehler? Mit Sicherheit nicht in der parlamentarischen Demokratie als Prinzip. Unsere Demokratie steckt in einer Krise, was die Einbeziehung der Bürger_innen in das öffentliche Leben angeht. Es ist eine Krise der Partizipation der Menschen an der Ausübung der Demokratie an sich. Und darin besteht das Para-

dox, denn genau für diese Partizipation haben wir Ende 1989 in den Straßen demonstriert.

Die Lösung für die bestehende Krise der Beteiligung der Bürger_innen an demokratischen Prozessen besteht nicht in der Häufigkeit von Wahlen. Wahlen unterschiedlicher Art haben wir in der Tschechischen Republik mehr als genug. Die Lösung besteht auch nicht darin, die Teilnahme der Bürger_innen weiter zu verwässern, sie muss vielmehr verbessert und gestärkt werden. Die Krise wird auch nicht durch eine Änderung des Wahlsystems gelöst. Das Mehrheitswahlsystem würde nur dazu führen, dass ein großer Teil oder vielleicht sogar die Mehrheit der Bürger_innen, die am politischen Leben teilnehmen, ihres realen Einflusses beraubt würde. Das Mehrheitswahlsystem bedeutet die Vervielfachung des Anteils der Wählerstimmen, die in dem Ergebnis nicht berücksichtigt sind.

Wir können nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschen wieder stärker spüren, dass ihre Teilnahme an Wahlen wirklich Sinn hat. Die tatsächliche Lösung für das Problem, das unsere Demokratie hat, besteht darin, die gestörte Beziehung zwischen dem Willen der Bürger_innen und der Ausübung der Staatsgewalt wiederherzustellen. Ich bin der Meinung, dass die Beziehung zwischen den Bürgern und ihren politischen Repräsentanten mit Hilfe politischer Programme verwirklicht und erneuert werden kann.

In einer modernen Demokratie ist es nicht möglich, langfristig ohne ein System starker und gesunder, aber auch vertrauenswürdiger und transparenter politischer Parteien auszukommen, die sich wirklich von unten entwickeln, d.h. aus lebendigen und aktiven politischen und sozialen Bewegungen und Netzwerken.

Wenn wir unsere Demokratie neu beleben wollen, müssen unsere politischen Parteien und Bewegungen zu „Orten voller Leben“ werden, zu Orten, an denen sich Menschen treffen, miteinander diskutieren, sich Meinungen bilden und Programme erarbeiten.

Einer der meistgebrauchten Begriffe, die nach den Novemberereignissen von 1989 entstanden sind, ist das Wort „Bürgergesellschaft“. Die Vorstellung, dass politischen Parteien und die Bürgergesellschaft in Konflikt geraten, ist von Anfang an ein tragischer Irrtum und ein Missverständnis. Sowohl bei der einseitigen Hervorhebung der Bürgergesellschaft, als auch bei der einseitigen Hervorhebung der politischen Parteien wird eine grundsätzliche Sache vergessen: Nämlich dass politische Parteien Bestandteil der Bürgergesellschaft sind und dass sie das Bindeglied zwischen der Bürgergesellschaft und dem Staat und zwischen Bürgergesellschaft und Parlament darstellen sollen.

Ansprache des Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka im Rahmen der Diskussion „November 1989 – eine beständige Herausforderung“ zum 25. Jahrestag der Ereignisse vom 17. November 1989 (15. 11. 2014).

1989 sind wir nach Europa zurückgekehrt. Wir sind zurückgekehrt in die Gemeinschaft der westlichen zivilisierten und demokratischen Staaten, in ein kulturelles Umfeld, in das wir jahrhundertlang gehört haben und in das wir zweifellos auch während der Ersten Republik gehört haben.

Unser Dank gebührt der damaligen Repräsentanz der Sowjetunion unter der Führung von Gorbačov, die sich entschlossen hatte – vielleicht auch teilweise dazu gedrängt worden war – eine Politik der Entspannung zu betreiben, und danach das Gebiet, das von ihr mit beträchtlicher militärischer Kraft besetzt gehalten worden war, kampfflos zu räumen.

Obwohl das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei als eines der letzten gefallen ist, hat es keine ausgearbeiteten Szenarien für eine Transformation gegeben. In den neunziger Jahren haben wir uns unzählige Male in Sackgassen verrannt. Kuponprivatisierung, Investmentfonds und Bankensozialismus, das Prinzip, dass die Ökonomen vor den Juristen flüchten sollen, dahingehende Aussagen, dass es keinen Unterschied gäbe zwischen sauberem und schmutzigem Geld – das alles hat den Menschen einen großen Teil der Hoffnungen genommen, die sie im November 1989 noch hatten.

1990 waren es Idealisten, die in die politischen Parteien und Bewegungen eintraten. In der Mitte der neunziger Jahre begannen sich die Parteien zu verändern und fingen an, als Sprungbretter in Machtpositionen zu fungieren. Später haben darin politische Unternehmer beträchtlichen Einfluss erworben. Danach kamen zahlreiche Korruptionsaffären, durch die die politischen Parteien stark an Ansehen verloren haben. Nach und nach kam es so zu einer Schwächung und inhaltlichen Entleerung der Demokratie.

Für Populisten und Oligarchen war es damit wesentlich einfacher geworden, aus dem geschwächten demokratischen System, und damit auch aus dem geschwächten System der politischen Parteien zu profitieren. So, wie einst der Adel private Armeen organisiert hat, organisieren sie heute private politische Parteien. Die Besitzer dieser privaten politischen Parteien rekrutieren und entlassen ihre Parteikandidaten ohne das geringste demokratische Prozedere.

Die Lage ist jedoch nicht hoffnungslos und kann noch immer gelöst werden. Wir haben Regeln und einen Rechtsstaat, wir haben ein demokratisches politisches System, und die Regeln haben ihren Wert. Wahlen geben den Bürgern

und Bürgerinnen noch immer die Möglichkeit, eine schlechte Regierung abzulösen, und – was wichtig ist – in jedem Augenblick die Freiheit und die demokratischen Prinzipien zu schützen.

Ich bin überzeugt, dass Demokratie aktive und mutige Bürger_innen sowie transparente politische Parteien braucht, die sich von unten entwickeln, und nicht Marketingprojekte. Ich glaube daran, dass Programmausrichtung und die Definition von Werten langfristig mehr Erfolg haben können als Populismus.

Drogenproblematik erfordert internationale Zusammenarbeit und eine komplexere soziale Lösung als bloße Grenzkontrollen

Roman Váňa

Bei den kürzlich stattgefundenen Landtagswahlen in Deutschland wurde deutlich, dass einige populistische und extremistische Parteien versuchen, das Thema der Drogenkriminalität gegen die Tschechische Republik auszuspielen. Zum Glück sind sich die traditionellen linken und christdemokratisch orientierten Parteien auf beiden Seiten der Grenze bewusst, dass die Drogenkriminalität nur dann erfolgreich bekämpft werden kann, wenn wir zusammenarbeiten. Die derzeitige Regierung hat die Kooperation mit Deutschland vorangebracht, indem sie von allgemeinen Erklärungen zu konkreten Schritten der Zusammenarbeit übergegangen ist, und zwar auch in der Frage der Bekämpfung der Drogenkriminalität.

Es ist unbestritten, dass aus der Tschechischen Republik riesige Mengen von Drogen mit dem Wirkstoff Methamphetamin, deren Qualität sich ständig verbessert, nach Deutschland gelangen. Von 2010 bis 2013 ist die Drogenkriminalität bei uns um 70% gestiegen. Ein ähnlicher Anstieg wurde jedoch auch in Deutschland verzeichnet. Wenn man sich in der Welt umschaut, kann man feststellen, dass wir – was die Drogenherstellung und den Drogenkonsum angeht – im Vergleich zu solchen Ländern wie den USA oder Australien einige Jahre hinterherhinken.

Wenn man dieses Problem in den Griff bekommen will, muss man zunächst einmal wahrnehmen, dass wir Bestandteil eines internationalen

Trends sind und dass zur Lösungsfindung zumindest mit Polen und Vietnam zusammengearbeitet werden muss. Außerdem ist es – besonders aus der Perspektive der Sozialdemokratie – notwendig, sich vor Augen zu führen, welche komplexen Ursachen dem Drogenkonsum und damit auch dem Drogenhandel zugrunde liegen. Man muss sich klar machen, dass eine wirkliche Lösung für dieses Problem vor allem in der langfristigen Verbesserung der sozialen Lage der Menschen, die nach Drogen greifen, zu suchen ist.

Ich war unlängst in Bayern und habe dort erläutert, dass bei uns 600 Mitarbeiter_innen der Polizei und des Zolls mit der Drogenproblematik befasst sind. Es ist gelungen, tonnenweise chemisches Material sicherzustellen und eine ganze Reihe von Vertriebsnetzen und Verkaufspunkten aufzudecken. Unsere Polizei und der Zoll arbeiten mit den bayerischen Kollegen zusammen. Auch die Staatsanwaltschaften stehen gegenseitig in Verbindung. Es gibt das gemeinsame Koordinationszentrum in Schwandorf und es gibt auch immer mehr gemeinsame Aktionen auf dem Gebiet der Prävention. Die Innenminister beider Länder stehen in regelmäßigem Kontakt.

In der Tschechischen Republik wurde 2009 eine Regulierung für den Verkauf von Medikamenten, die Pseudoephedrin enthalten, eingeführt und der Verbrauch ging daraufhin um 80% zurück. Der Markt hat sich jedoch auf Polen umorientiert, wo Medikamente mit einem Gehalt von bis zu 120 Milligramm dieses Stoffes in einer Tablette erhältlich sind. In der Tschechischen Republik dagegen waren es nur 30 Milligramm pro Tablette. Das organisierte Verbrechen hat damit dort sozusagen noch viel bessere Bedingungen vorgefunden. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, auch in Polen eine Regulierung des Verkaufs dieser Medikamente zu erreichen. Von der bayerischen Seite wurde ebenfalls festgestellt, dass der Verkauf der Drogen in den meisten Fällen auf den asiatischen Märkten erfolgt, die bei uns häufig von vietnamesischen Staatsangehörigen betrieben werden. Die internationale Zusammenarbeit muss deshalb auch mit Vietnam gesucht werden. Anstelle uns ständig gegenseitig die Schuld zuzuschreiben, wäre eine intensive und konstruktive internationale Zusammenarbeit angebracht. Ohne diese werden wir in Zukunft nicht auskommen werden.

Der Drogenkonsum geht in Bayern quer durch alle Altersgruppen und alle sozialen Schichten. Die bayerischen Kolleg_innen berichteten zum Beispiel von einer dreißigjährigen Frau, Mutter eines zweijährigen Kindes, die sich in Tschechien auf dem Markt ihre Drogendosis geholt hat und sie in der Windel des Kindes versteckte. Für Aufmerksamkeit hat in ganz Deutschland auch der Fall des Abgeordneten Michael Harmann gesorgt, der zugegeben hatte, Crystal genommen zu haben, und anschließend alle seine Ämter niederlegte. Im

Raum stehen blieb dabei seine Aussage, dass er zu der Droge gegriffen habe, weil er seine Arbeit nicht habe bewältigen können. Die deutschen Kolleg_innen sprechen von Drogen als einem Mittel, mit dem die Konsumenten versuchen, dem Druck des Leistungskapitalismus zu entinnen. Wenn es jedoch so ist, dass die Arbeit auf den Menschen einen derartigen Druck ausübt, dass Drogen offenbar oft als einziger Ausweg gesehen werden, um diesen Druck auszuhalten, wäre es dann nicht an der Zeit, über Regulierungen nachzudenken, um diese Auswirkungen der Arbeit zu beseitigen? Und es ist sicher nicht nur der immer unerträglichere Stress auf der Arbeit, der die Hinwendung zu Drogen begünstigt, sondern es sind auch andere schwierige soziale Situationen. In Tschechien, wo der Kapitalismus noch mehrheitlich relativ kritiklos hingenommen wird, muss daran gearbeitet werden, dass sich solche Interpretationen der Ursache für Drogenkonsum als Mainstream durchsetzen.

Eine konstruktive grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt ein wirksames Instrument bei der Drogenbekämpfung dar. Der Export von Drogen aus den tschechischen Grenzgebieten muss jedoch, ebenso wie viele andere Probleme, in seiner ganzen Komplexität betrachtet werden. Nur Populisten oder Extremisten können Ad-hoc- oder absolute Lösungen versprechen. Wirksame Maßnahmen basieren unter anderem auch darauf, Zustände zu beseitigen, in denen für die Betroffenen die Droge zum Ausweg aus einer schwierigen Lebenslage wird. Und eben dieser Diskurs sollte von den Sozialdemokraten angestoßen werden.

Der Autor ist Mitglied des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik.

Prager Dialoge. Sozialdemokratische Impulse

Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind Meinungen der Autor_innen und müssen nicht zwangsläufig dem Standpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) entsprechen. Die kommerzielle Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne eine im voraus erteilte, schriftliche Genehmigung seitens der FES nicht gestattet.

Autor_innen dieser Ausgabe: Jan Šícha (Chefredakteur), Patrik Eichler, Mirko Hempel, Franziska Korn, Thomas Oellermann, Kateřina Smejkalová, Bohuslav Sobotka, Robert Váňa.

Übersetzung: Carla Bezděková

Verantwortlich für die Herausgabe der Publikationsreihe:

Kateřina Smejkalová,

E. katerina.smejkalova@fesprag.cz

Zweite deutsche Ausgabe, Dezember 2014, ISSN 2336-4130

Herausgeber / Bestellungen über: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,

Vertretung in der Tschechischen Republik

Zborovská 27, 140 00, Praha 5 · www.fesprag.cz

T. +420 224 948 088 / E. fes@fesprag.cz